



SECHS VORSCHLÄGE FÜR DIE POLITIK
VON 150 AUSSCHUSSERGEBNISSEN
DER 25 REGIONEN

EINLEITENDE WORTE

Endlich geschafft. Das BürgerProgramm für Deutschland ist fertig und gedruckt. Viel Arbeit war und viel Hoffnung ist damit verbunden.

Viele Bürger nutzten die Chance und arbeiteten fast zwei Monate miteinander in sechs Ausschüssen an verschiedenen politisch wichtigen Themen. Das Ergebnis, all die eingegangenen Beiträge und Rückmeldungen, insbesondere aber auch die kritischen Anmerkungen zeigen, dass wir es keineswegs mit einer politikmüden Gesellschaft zu tun haben. Wir Bürger wollen mitreden und mitarbeiten und wir sind bereit, Zeit zu investieren, um unsere Gesellschaft zu gestalten.

Der Bundespräsident mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung haben mit dem BürgerForum versucht, den Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung auf moderne Art und Weise aufzugreifen. Die erste Phase des BürgerForums in Form einer großen Diskussionsrunde zeigte, wie schwer es ist, aus vielen Ansichten in relativ kurzer Zeit eine einzige Herausforderung zu extrahieren, die jeder Teilnehmer mittragen kann. In der Onlinephase des BürgerForums gab es leider aufgrund von Schwierigkeiten im Umgang mit der Plattform weniger aktive Teilnehmer als bei den Auftaktveranstaltungen. Eine bessere Umsetzung des Kommunikationsmediums Internetforum kann das in hoffentlich folgenden Bürgerforen verhindern. Während der gesamten Ausarbeitungsphase lernten wir, Kompromisse zu schließen und Vorgaben einzuhalten, wie es auch in der Politik üblich ist.

Nun steht das Programm 2011 und wir sind stolz darauf, dabei gewesen zu sein. Wir hoffen und erwarten, unsere Beiträge arbeiten zu sehen. Das vorliegende BürgerProgramm für Deutschland sowie die 25 BürgerProgramme in den beteiligten Regionen sind erarbeitet worden, um in die Entscheidungsfindung politischer und gesellschaftlicher Fragen mit eingeschlossen zu werden. Sie sollen beachtet, diskutiert und verbreitet werden, denn sie sind von den Menschen ausgearbeitet worden, die sie betreffen. Dafür muss das BürgerProgramm auch über die Grenzen des Internets hinaus bekannt werden und die Chance bekommen, sich als bürgernahes politisches Instrument zu etablieren.

Wir wünschen uns, dass diese und andere Formen der Bürgerbeteiligung auch im nächsten Jahr stattfinden können und deutlich stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Gerade jüngere Bürger, die dieses Jahr in der Unterzahl waren, können so die Möglichkeit nutzen, Politik aktiv mitzugestalten und ihre Meinung zu diskutieren. Eine intuitivere Onlineplattform sowie Experten, die den verschiedenen Ausschüssen beiseite stehen, können das Forum dann noch verbessern.

Wir haben diskutiert, wir haben gestritten, wir haben gelacht und Kompromisse geschlossen. Vor allem haben wir viel gelernt und freuen uns, diese Arbeit als Ergebnis nun vorliegen zu sehen. Möge sie weiterwirken und inspirieren, statt in einer Schublade zu verschwinden, damit diese unsere Arbeit keine einseitige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gewesen war.

*Demokratie ist ein Verfahren,
das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden,
als wir es verdienen* (George Bernard Shaw)

Ariane Ullrich

BürgerRedakteurin BürgerForum Teltow-Fläming,
Ausschuss Integration

Soryna Alber

BürgerRedakteurin BürgerForum Göppingen,
Ausschuss Solidarität und Gerechtigkeit

INHALT

Das BürgerForum 2011 – Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.	04
Der Weg zum BürgerProgramm	06
So funktioniert die Online-Plattform	10
Vielfalt: das BürgerForum in 25 Regionen	12
Vorschlag Ausschuss Solidarität und Gerechtigkeit	16
Vorschlag Ausschuss Demokratie und Beteiligung	18
Vorschlag Ausschuss Familiäre Lebensformen	20
Vorschlag Ausschuss Integration	22
Vorschlag Ausschuss Bildung	24
Vorschlag Ausschuss Demografie	26

Impressum

 Eine Initiative des Bundespräsidenten mit: [BertelsmannStiftung](#)  [Heinz Nixdorf Stiftung](#)

© BürgerForum 2011 c/o Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256 · 33311 Gütersloh · www.buergerforum2011.de
Verantwortlich: Dr. Robert B. Vehrkamp · Dr. Dominik Hierlemann · Anna Wohlfarth · Marita Bussieweke · Lars Thies

Partner des BürgerForums 2011: DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation mbH (Online-Plattform und Online-Moderation) · IKU GmbH (Veranstaltungsmoderation) · Bamberger Centrum für Empirische Studien BACES (Wissenschaftliche Begleitung der Zufallsauswahl) · buw Unternehmensgruppe (telefonische Ansprache) · SCHMITZ WG Corporate Communication GmbH (Gestaltung und Layout) · Lucid – crossmediale Wissensvermittlung (Grafiken und Filme) · Konmedial (Filme)

Redaktion: Pia-Annabelle Wischnat

Gestaltung und Lektorat: SCHMITZ WG Corporate Communication GmbH

Fotos: Maja Metz (Titel), Reinhard Feldrapp (S. 6, 15, 21), Presseamt Stadt Bochum (S. 7, 8, 13), fotostudio nord, Michael Mundt (S. 9, 12), nordpicture (S. 12), Rainer Cordes (S. 12), Ralph Müller, André Muskewitz (S. 12), Sven Gleisberg (S. 13, 27), Thomas Ziegler (S. 13), Franz Hillmann (S. 13), Bernd Borchert (S. 13), Stadt Braunschweig: Gisela Rothe, Detlef Schulte (S. 13, 25), Kreis Paderborn (S. 13), Heike Lachmann (S. 13, 23), Dirk Lahmann, Sven Hense (S. 14), Werra-Meißner-Kreis (S. 14), Rafael Herlich (S. 14), Kreis Kusel (S. 14), Brigitta Schneider, Josef Rath, Silke Hans (S. 14), Andreas Henn (S. 14, 19), Christoph Pennig, Rüdiger Buhl (S. 14), Landkreis Göppingen (S. 14), Susanne Donner (S. 15), Medienzentrum für Schule + Bildung, Landkreis Altötting, Josef Harlander (S. 15, 17), Heiner Hagen (S. 15), Wartburgkreis (S. 15)



DAS BÜRGERFORUM 2011

ZUKUNFT BRAUCHT ZUSAMMENHALT. VIELFALT SCHAFFT CHANCEN.

Die Kluft zwischen Wählern und Gewählten hat sich vergrößert. Immer weniger Menschen gehen in Deutschland zur Wahl oder engagieren sich in Parteien, Initiativen und Vereinen. Stattdessen nimmt das Misstrauen in Politiker und deren Entscheidungen stetig zu. Deshalb ist es wichtig, Brücken zwischen den Bürgern und den politisch Verantwortlichen zu schlagen und ein gemeinsames, verantwortliches Handeln zu initiieren. Das BürgerForum 2011 setzt sich dafür ein, die Politik wieder näher an die Bürger zu rücken und die Demokratie durch aktive Beteiligung zu stärken.

Das BürgerForum 2011 ist eine gemeinsame Initiative des Bundespräsidenten Christian Wulff mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung. In 25 Städten und Landkreisen aus ganz Deutschland waren jeweils 400 Teilnehmer eingeladen, bei diesem Bürgerbeteiligungsprojekt mitzuarbeiten. So entstand bundesweit eine Diskussionsplattform für insgesamt 10.000 Menschen – von der Nordsee bis zum Bodensee, von Aachen bis Chemnitz.

DAS THEMA

Unter dem Titel „Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen“ haben sich die Teilnehmer des BürgerForums mit der Frage beschäftigt, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland in Zukunft gefördert werden kann. Die Gesellschaft treibt heute an vielen Stellen auseinander: Davon zeugt beispielsweise der Gegensatz

zwischen Jung und Alt, die Kluft zwischen Arm und Reich oder die unzureichende Integration von Migranten. Wie wollen die Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen künftig zusammenleben? Inwiefern bietet die Vielfalt der Menschen unseres Landes auch Chancen für die Zukunft?

Bei Präsenzveranstaltungen und während einer mehrwöchigen Online-Diskussion haben die Teilnehmer des BürgerForums in sechs thematischen Ausschüssen konkrete Vorschläge für wichtige politische und gesellschaftliche Herausforderungen erarbeitet. Die Ausschussthemen wurden im Herbst 2010 bei einem Workshop mit Teilnehmern früherer BürgerForen, Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft festgelegt: Bildung, Demografie, Demokratie und Beteiligung, Familiäre Lebensformen, Integration sowie Solidarität und Gerechtigkeit.

DIE REGIONEN

Im Herbst 2010 wurden alle Landkreise und Städte mit mehr als 80.000 Einwohnern in Deutschland zur Mitwirkung am BürgerForum eingeladen. Aus den mehr als 160 Bewerbungen wurden schließlich per Losverfahren nach regionaler Gewichtung 25 Städte und Landkreise ausgewählt. Die mitwirkenden Regionen stehen stellvertretend für die Vielfalt in Deutschland: Ob Ost oder West, Nord oder Süd, Großstädte oder kleinere, ländlich geprägte Landkreise – unter dem Dach des BürgerForums 2011 findet sich eine bunte Mischung von Regionen.

DIE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER

Die Ansprache der jeweils 400 Teilnehmer in den 25 mitwirkenden Regionen erfolgte telefonisch nach einem Zufallsverfahren. Für jede Region wurde eine zufällige Stichprobe aus dem Telefonregister gezogen. Nach dieser Stichprobe wurde angerufen und zum BürgerForum eingeladen. Das Ziel der zufälligen Auswahl war es, dass die Teilnehmerschaft des BürgerForums die Vielfalt der Menschen in Deutschland widerspiegelt und auch Personen über den Kreis der ohnehin schon politisch Interessierten hinaus angesprochen werden. Um dies zu gewährleisten, wurden bei der Ansprache am Telefon auch das Alter und der erworbene Schulabschluss abgefragt.

DIE ERGEBNISSE

Als Ergebnis des BürgerForums 2011 liegen 25 regionale BürgerProgramme vor, die jeweils sechs Lösungsvorschläge zu den zuvor festgelegten Herausforderungen enthalten. Die Vorschläge in diesen Programmen spiegeln die Vielfalt der Ideen und Diskussionen im BürgerForum 2011 wider. Sie wurden für jede Region gedruckt und online veröffentlicht.

In einem zweiten Schritt, der bundesweiten Online-Diskussion, war das Ziel, die Vielfalt der Ergebnisse stärker zu fokussieren. Aus allen regionalen Vorschlägen haben die Teilnehmer die sechs überzeugendsten Vorschläge (je einer pro Ausschussthema) ausgewählt, die hier veröffentlicht sind.

DER WEG ZUM BÜRGERPROGRAMM

Meistens treffen sich Menschen entweder auf politischen Veranstaltungen oder sie diskutieren im Internet, häufig ohne einander zu kennen. Die Besonderheit des BürgerForums ist es, beides miteinander zu verbinden: Das BürgerPro-

gramm ist ein Ergebnis, das von den Teilnehmern sowohl auf Veranstaltungen als auch im Internet erarbeitet wurde.

Für alle Teilnehmer begann das BürgerForum mit einem Telefonat, in dem sie

zur Mitwirkung an dem Projekt eingeladen wurden. Auf der Internet-Plattform des BürgerForums konnten sich die Teilnehmer danach näher über die Ziele und den Ablauf des Projekts informieren und sich verbindlich dafür anmelden.



Bundespräsident Christian Wulff eröffnete das BürgerForum 2011 in Naila im Landkreis Hof und diskutierte mit den Teilnehmern



Diskussion bei der Auftaktveranstaltung

DER AUFTAKT

Der Startschuss für das BürgerForum fiel am 12. März 2011 mit 25 parallel stattfindenden Auftaktveranstaltungen und einer Live aus Naila im Landkreis Hof in alle weiteren Foren übertragenen Rede von Bundespräsident Christian Wulff. In kleinen Tischgruppen lernten sich die Teilnehmer an diesem Tag kennen und trafen in ihren Ausschüssen die ersten inhaltlichen Festlegungen für das BürgerProgramm. In Diskussionen und Abstimmungen legten sie jeweils eine zentrale Herausforderung fest, also das größte gesellschaftliche Problem oder die wichtigste Entwicklung in ihrem Themenfeld. Danach erarbeiteten die Teilnehmer erste Ideen für Vorschläge, wie der Herausforderung am besten begegnet werden kann. Nach einem Tag intensiver Arbeit standen als Ergebnisse der Auftaktveranstaltung in allen 25 Regionen jeweils eine aus-

formulierte Herausforderung und mehrere stichpunktartig formulierte Vorschläge pro Ausschuss fest.

DIE ONLINE-DISKUSSION

Wenige Tage nach dem Auftakt startete die fünfwöchige Online-Diskussion der 25 regionalen BürgerForen. Die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung wurden eins zu eins auf die Online-Plattform übertragen, sodass die Teilnehmer im Internet darauf aufbauen konnten. In der ersten Phase der Online-Diskussion arbeiteten die Teilnehmer weiter an den verschiedenen Vorschlägen in ihrem Ausschuss und stimmten darüber ab, welcher Vorschlag in das BürgerProgramm übernommen werden sollte. Den ausgewählten Vorschlag arbeiteten die Teilnehmer im zweiten Teil der Online-Diskussion weiter aus und formulierten die Texte für das BürgerProgramm. Aber wie können die vielen Mitglieder

eines Ausschusses gemeinsam an einem Text schreiben? Die Antwort ist: Nicht jeder arbeitete selbst am Text. Das Formulieren des Vorschlags übernahmen sogenannte BürgerRedakteure. Sie waren selbst auch Teilnehmer des BürgerForums, hatten aber eine besondere Rolle übernommen. Pro Ausschuss gab es zwei BürgerRedakteure mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe: Alle Mitglieder eines Ausschusses konnten Kommentare, Änderungen und Ergänzungen zu einem Vorschlag und zu einzelnen Textabschnitten machen. Die Bürger-Redakteure formulierten dann aus diesen Kommentaren und Anmerkungen die zusammenhängenden Texte für das BürgerProgramm.

Moderiert wurde die Diskussion in jeder Region von jeweils vier Online-Moderatoren. Diese waren in der Mehrzahl selbst Teilnehmer eines vorangegangenen BürgerForums. Die Online-Moderatoren

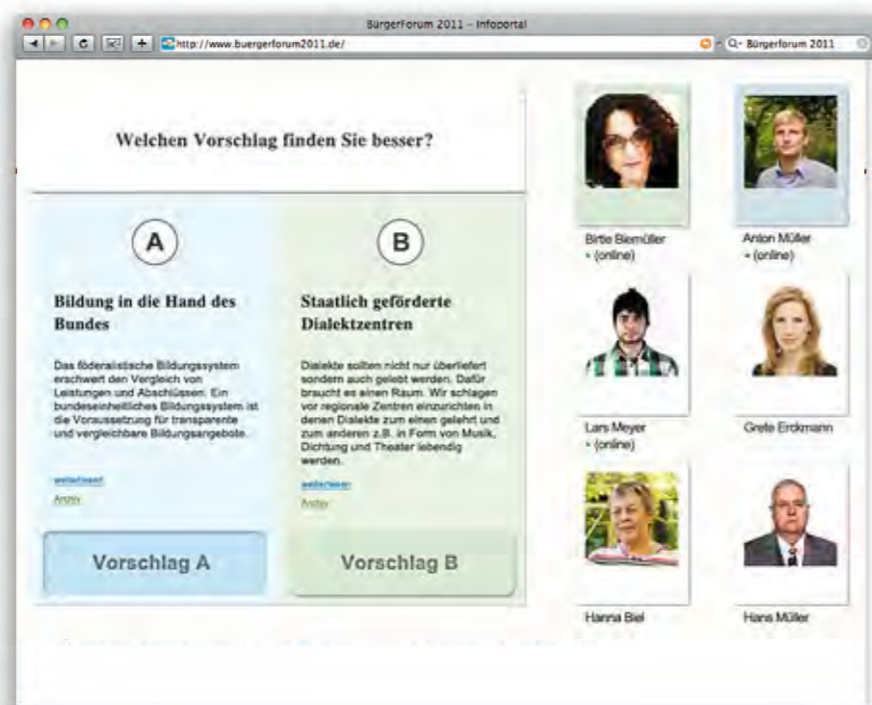


BürgerRedakteure formulieren die Texte

toren griffen inhaltlich nicht ein. Ihre Aufgabe war es vor allem darauf zu achten, dass die Diskussion sachlich und fair verläuft. Am Ende der Online-Diskussion, nach über 50.000 Textbeiträgen, Kommentaren und Anmerkungen der Teilnehmer, stand in jeder der 25 Regionen ein im Detail ausformulierter Vorschlag pro Ausschussthema fest. Insgesamt wurden so 150 Vorschläge – 25 regionale BürgerForen mit jeweils sechs Ausschüssen – erarbeitet, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland gestärkt werden kann.

TAG DES BÜRGERFORUMS

Am 14. Mai 2011, dem Tag des BürgerForums, kamen die Teilnehmer in den Regionen erneut persönlich zusammen. Die Ergebnisse der regionalen BürgerProgramme wurden der Öffentlichkeit vorgestellt und mit mehr als 200 Vertretern aus Politik und Gesellschaft diskutiert.



Abstimmung der Vorschläge in der bundesweiten Online-Diskussion



Abstimmung über eine Herausforderung

BUNDESWEITE ONLINE-DISKUSSION

In der bundesweiten Online-Diskussion haben die Teilnehmer aller 25 Regionen zu jedem Ausschussthema einen Vorschlag aus den regionalen BürgerProgrammen ausgewählt, der im bundesweiten BürgerProgramm abgedruckt wird. In Ergänzung zu der Vielfalt der Ergebnisse aus den regionalen BürgerProgrammen sind damit die überzeugendsten Vorschläge, die von der Mehrheit aller Teilnehmer des BürgerForums 2011 unterstützt werden, repräsentiert. Ziel ist es, damit den Vorschlägen aus dem BürgerForum in der bundesweiten politischen Debatte ein größeres Gewicht zu verleihen. Die bundesweite Online-Diskussion lief in zwei Schritten ab: Zunächst wurden aus den 25 regionalen Vorschlägen zu jedem Ausschussthema acht für die bundesweite Online-Diskussion nominiert. Im zweiten Schritt wurde aus dieser Vor-

auswahl der jeweils überzeugendste Vorschlag ausgewählt. Die Teilnehmer diskutierten dazu online in kleinen Gruppen und verglichen immer zwei Vorschläge miteinander.

TAG DER DEMOKRATIE

Am 28. Mai 2011 wurde das BürgerForum auf Bundesebene mit einer Veranstaltung im Alten Bundestag in Bonn abgeschlossen. Delegationen aus allen 25 regionalen BürgerForen sind nach Bonn gereist, um bei der Übergabe des bundesweiten BürgerProgramms an Bundespräsident Christian Wulff dabei zu sein und die Vorschläge mit ihm und anderen Vertretern aus Politik und Gesellschaft zu diskutieren.

WIE WEITER?

Der Tag des BürgerForums und der Tag der Demokratie markieren zwar

einen Abschluss der Diskussion über die BürgerProgramme, das BürgerForum ist damit aber noch nicht zu Ende. Die Vorschläge aus den BürgerProgrammen werden in den Regionen weiterverfolgt. In einigen Regionen werden sogenannte Engagement-Marktplätze durchgeführt, auf denen sich die Teilnehmer mit bestehenden gemeinnützigen Organisationen austauschen und gemeinsam Projekte planen können. In anderen Regionen werden Folgeveranstaltungen zum BürgerForum angeboten, Ansprechpartner in der Verwaltung zu einzelnen Ausschussthemen benannt oder Teilnehmer haben bereits selbst Initiativen oder Diskussionsrunden zu den Themen des BürgerForums ins Leben gerufen. Auf vielfältige Weise arbeiten so Politik und Bürger zusammen, um einen Beitrag zur Umsetzung der Vorschläge aus den BürgerProgrammen zu leisten.

SO FUNKTIONIERT DIE ONLINE-PLATTFORM

Die Online-Plattform ist der zentrale Arbeitsbereich des BürgerForums. Hier arbeiten 10.000 Teilnehmer gemeinsam an 25 regionalen BürgerProgrammen und an einem bundesweiten BürgerProgramm. Die Teilnehmer jedes der 25 regionalen BürgerForen diskutieren zunächst auf einer eigenen Plattform unter sich. Für die Wahl der Vorschläge in das bundesweite BürgerProgramm werden die 25 einzelnen Plattformen miteinander vernetzt. Die Online-Plattform wurde eigens für das Projekt entwickelt und enthält eine Reihe von Funktionen, die den Teilnehmern ermöglicht, online zu diskutieren und gemeinsam an konkreten Texten zu arbeiten.

GESICHT ZEIGEN

Bei der Auftaktveranstaltung hatten sich viele Teilnehmer bereits kennengelernt und auch online sollten sie sich, anders als bei vielen anderen politischen Dis-

kussionen im Internet, nicht anonym austauschen. So stehen die Teilnehmer des BürgerForums mit ihrem Namen und einem Foto zu ihren Diskussionsbeiträgen. Eine persönliche Nachrichtenfunktion ermöglicht den Austausch untereinander auch abseits der inhaltlichen Diskussion.

KOMMENTARE UND ANMERKUNGEN

Die Arbeit an den gemeinsamen Texten verläuft nicht in der offenen Struktur eines Internet-Forums, in dem alle Beiträge untereinander erscheinen. Direkt am Text arbeiten nur die BürgerRedakteure. Die anderen Teilnehmer schreiben Kommentare und Anmerkungen dazu, die sich direkt auf eine bestimmte Textpassage beziehen. Auf den ersten Blick ungewohnt, ermöglicht diese Struktur, dass viele Menschen gleichzeitig an einem Text arbeiten. Wurde ein Kommen-

tar durch den BürgerRedakteur eingearbeitet, kann er ihn auf „erledigt“ setzen. Damit der Prozess transparent verläuft, bleibt der Kommentar aber weiterhin einsehbar.

AUFGABENBEREICH

Den Überblick über die Geschehnisse auf der Plattform behalten die Teilnehmer in ihrem persönlichen Aufgabenbereich. Hier erfahren sie Schritt für Schritt, wie die Diskussion sich entwickelt, in welcher Form sie mitwirken können und ob sie eine persönliche Nachricht in ihrem Postfach auf der Plattform erhalten haben.

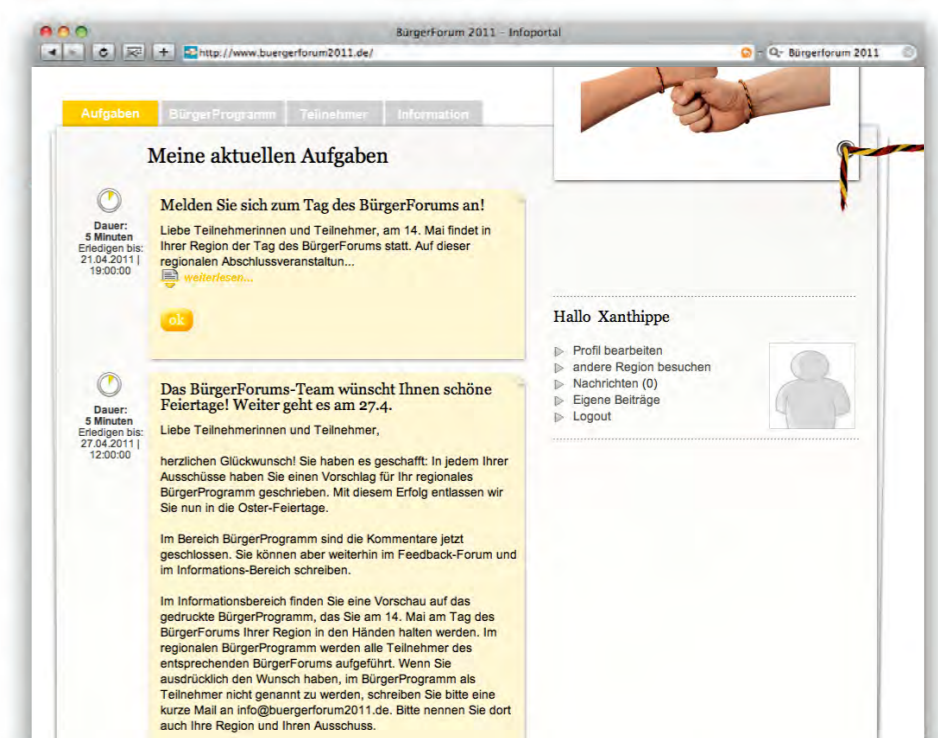
INFORMATIONEN

Im Bereich „Information“ werden regelmäßig aktuelle Artikel zum BürgerForum 2011 eingestellt, zum Beispiel Ankündigungen für Veranstaltungen, Erklärun-

gen zu der Online-Plattform und einiges mehr. Sowohl die Teilnehmer als auch interessierte Gäste können sich in diesem Bereich über den Fortgang des BürgerForums auf dem Laufenden halten.

MODERATION

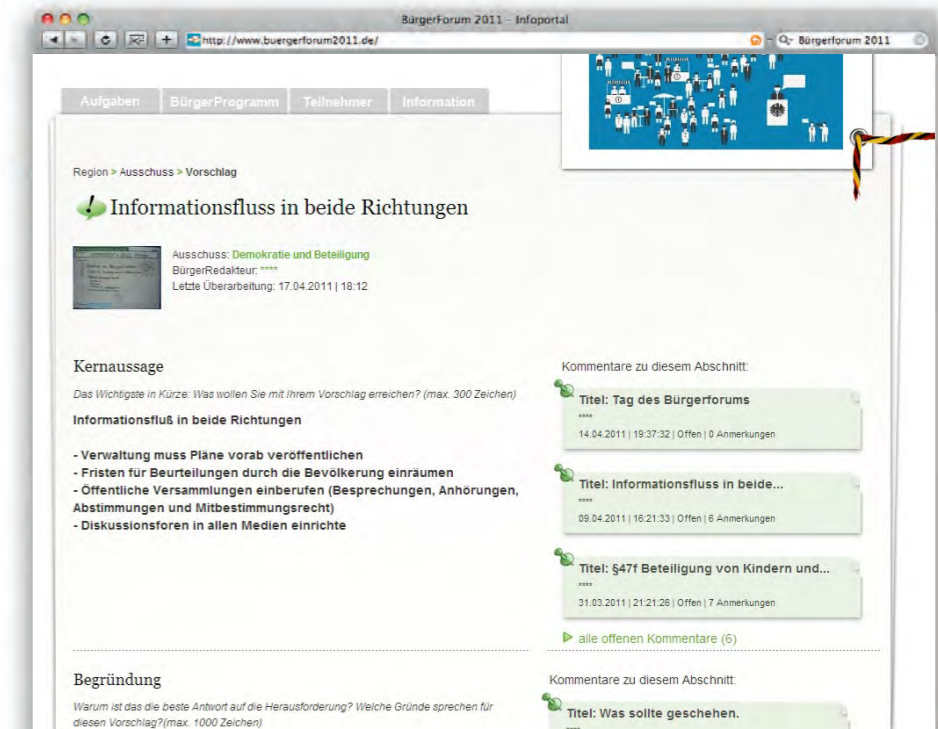
Damit die Online-Diskussion fair und sachlich bleibt, braucht es eine Moderation. Für das BürgerForum 2011 wird diese Funktion von eigens dafür geschulten Online-Moderatoren übernommen. Die meisten von ihnen waren bereits bei einem früheren BürgerForum als Teilnehmer dabei. Gegenüber dem Inhalt verhalten sich die Online-Moderatoren neutral – sie bewerten die Ideen und Vorschläge nicht, sondern achten nur darauf, dass eine ausgewogene Diskussion entstehen kann.



Aktuelle Informationen aus dem BürgerForum



Kommentare und Anmerkungen zum Text des BürgerProgramms



VIELFALT: DAS BÜRGERFORUM 2011 IN 25 REGIONEN



Kreis Dithmarschen:
Dithmarschen mischt mit – und auf!



Stadt Chemnitz:
Chemnitz: Kopfsache!



Stadt Halle (Saale):
Halle hat Mut(ige) Bürger.



Landkreis Bad Doberan:
Nicht lang snacken ... anpacken.



Landkreis Teltow-Fläming:
Demokratie: Sie haben uns gerade noch gefehlt!



Landkreis Emsland:
„Platt“-Form Emsland – bei uns wird weit gedacht.



Landkreis Rotenburg (Wümme):
Mitgemacht – von Bürgern durchdacht.



Landkreis Ludwigslust:
Ideen statt Frust – Ludwigslust.



Stadt Braunschweig:
Eintracht in Vielfalt – gemeinsam löwenstark.



Stadt und StädteRegion Aachen:
Ich + Du = Wir. Bürgermeinung hat Vorfahrt.



Stadt Bochum:
Glück auf Schwung!!!



Kreis Paderborn: Zusammen für unsere Region – gut für mich – gut für dich – gut für alle!



Bundesstadt Bonn:
R(h)ein in die Zukunft.



Werra-Meißner-Kreis:
Demokratie von Werra und Meißner.



Landkreis Lindau (Bodensee):
Bürger denken für die Politik.



Stadt Frankfurt am Main:
Mitmachen in Frankfurt – Deutschland gestalten.



Landkreis Kusel:
Wir reden mit!



Landkreis Saarlouis:
Mitgestalten, statt Klappe halten.



Stadt Mannheim:
BürgerForum 2011 – mitmachen, statt abwarten!



Landkreis Altötting:
Die Stimme des Volkes in den Ohren der Politik.



Landkreis Regensburg:
Demokratie jetzt und hier – wer, wenn nicht wir!



Stadt Freiburg (Breisgau):
Frei denken – Chancen schenken!



Landkreis Göppingen:
Wer nicht mitmacht, ist draußen.



Stadt und Landkreis Hof:
Wir mischen mit – das Hofer Land für Deutschland.



Wartburgkreis: Vom Grenzgebiet zu Deutschlands Mitte – Bürgermeinung, bitte!



Solidarität und Gerechtigkeit

Die Verpflichtung zum moralischen Handeln in der Politik, in der Wirtschaft und bei allen Bürgern muss Chancengleichheit schaffen, eine neue Wirtschaftsethik ins Leben rufen, Verständnis füreinander in allen Gesellschaftsbereichen schaffen und die Eigenverantwortung fördern.

BürgerRedakteure Renate Dorfner, Irene Lindner

VORSCHLAG

Ethisches Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Unser BürgerProgramm gestaltet ein Land, in dem glaubhafte moralische Vorbilder zählen. Das Handeln ist geprägt von Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Die Bürger arbeiten aktiv an ihrer Zukunft mit. Die Menschen halten zusammen und leben gerne in ihrem Land.

BEGRÜNDUNG

Wir leben in einem reichen Land. Wir leben in Frieden. „Wir sind Papst“ und erleben „Sommermärchen“. Wir sind Export- und Reiseweltmeister. Wir nähern uns der Vollbeschäftigung. Wir retten Banken und den Euro. Alle müssten dankbar und zufrieden sein. Viele sind es auch – zu Recht!

Trotzdem gibt es jetzt den „Wutbürger“, der sich gegen vieles auflehnt. Es gibt drei Millionen Arbeitslose und Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Männer sind gleichberechtigter als Frauen. Es gibt Kinderarmut, Altersarmut und Tafeln. Wir wählen Superstars und sind konsumsüchtig. Gewalt ist allgegenwärtig. Die Gestaltungskraft der Politik scheint verloren. Viele Bürger gehen nicht mehr zur Wahl, kennen nicht einmal die Namen der Politiker. Die Globalisierung ängstigt viele. Mehr Umweltschutz muss man sich leisten können und auch mehr Bildung.

Es ist Zeit für eine Kursänderung, für eine Diskussion und Verankerung von moralischen Werten und ethischen Grundsätzen. Es gibt viele Gründe, jetzt zu handeln!

VORSCHLAG IM DETAIL

Zur Verankerung von moralischem Handeln in der Gesellschaft müssen Menschen aller Gruppierungen als glaubhafte Vorbilder in Erscheinung treten. Anstand schafft Anstand!

Vertrauenswürdige Politiker: Für den Bürger muss erkennbar sein, wofür Politiker stehen und welche Überzeugungen sie vertreten. Hauptamtliche Amts- und Mandatsträger dürfen keine Nebentätigkeiten in Unternehmen ausüben. Ihre Vergütung muss von unabhängiger Stelle, z. B. dem Ethikrat, festgelegt werden. Aktivitäten von Lobbyisten sind offenzulegen und ihre Mitwirkung in Gesetzgebungsverfahren ist zu untersagen.

Informierte und aktive Bürger: Über geplante Vorhaben sind die Bürger frühzeitig und umfassend zu informieren. Möglichkeiten der Einflussnahme sind aufzuzeigen. Neue Formen der politischen Teilhabe sollen entwickelt werden. Bereits in Schulen muss praktisches Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge gefördert werden, z. B. Planspiele.

Ethisch geprägte Wirtschaft: Die Einführung und Durchsetzung globaler Wirtschaftsregeln und die Förderung regiona-

ler Strukturen dürfen nicht aufgeschoben werden. Im Rating von Unternehmen müssen auch ethische Kriterien, wie Nachhaltigkeit und Gleichbehandlung, gewertet werden. Unternehmen, die Staatsbeihilfen in Anspruch nehmen, dürfen vor deren Rückführung keine Gewinne ausschütten. Frauen und Männer müssen dieselben Zugangs- und Aufstiegschancen bei gleicher Entlohnung in Unternehmen haben. Der Missbrauch von Leiharbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Instrumente zum Lohndumping muss unterbunden werden.

Bürgerjahr: Nach dem ersten Ausbildungsabschnitt oder integriert in ihre Ausbildung absolvieren junge Menschen, angemessen vergütet, Aufgaben in den verschiedensten öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen.

Programm gegen Armut – ein Appell! Deutschland darf Armut nicht tolerieren, weder bei Kindern noch bei Rentnern, egal, ob die Armut durch finanziellen Mangel oder durch Vernachlässigung und Gleichgültigkeit verursacht wird.



PRO UND CONTRA

Moral und Ethik sind Bestandteile der menschlichen Charakterbildung, für die kein rechtsverbindlicher Kodex aufgestellt werden kann. Sie müssen vorgelebt werden. Die positiven Auswirkungen der Maßnahmen zeigen sich langfristig und erfordern einen gesellschaftlichen Lernprozess. Die Kontrolle der Einhaltung und der Nachweis der Wirkungen sind schwierig.

Gelingt jedoch ein konsequentes Durchhalten der Maßnahmen und werden mögliche negative Begleitaspekte, wie z. B. die Verdrängung regulärer Arbeitsplätze durch Leistende des Bürgerjahres, unterbunden, werden der Zusammenhalt und das Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft nachhaltig gestärkt. Daraus resultieren eine höhere Wahlbeteiligung, eine Mobilisierung von mehr Bürgern zur Mitbestimmung und Mitgestaltung, ein Verständnis für die Komplexität von Entscheidungsprozessen und mehr Wertschätzung für das politische Wirken. Negative Entwicklungen in der Gesellschaft, wie z. B. Extremismus, können dadurch wirksam verhindert werden.

UMSETZUNG

Berufsmoralische Regeln für einzelne Gruppen vermitteln ein gemeinsames Ethikverständnis. Für Politiker enthalten diese z. B. den Verzicht auf Fraktionszwang und die Verpflichtung zur Einhaltung von Wahlversprechen. Für das Lobbying werden Transparenzregeln verabschiedet und ein Register geführt.

Auf kommunaler Ebene werden neue Formen der politischen Teilhabe eingerichtet, welche die Bürger in den Entwicklungs- und Umsetzungsprozess der Projekte einbeziehen. Ein weiterführendes Arbeitnehmerüberlassungsgesetz regelt, dass Unternehmen durch Leiharbeiter keine finanziellen Vorteile gegenüber Festanstellungen entstehen.

Für das Bürgerjahr entwickeln Politik und junge Menschen gemeinsam die organisatorischen Rahmenbedingungen.

Lokale Leistungsträger unterstützen regionale Sozialfonds, die unbürokratisch Einzelfallhilfen an Bedürftige leisten. Wirtschaften mit Anstand schafft Wohlstand!

*BürgerRedakteure
Irene Lindner, Renate Dorfner
BürgerForum Altötting*

FOLGENDE VORSCHLÄGE WURDEN EBENFALLS BUNDESWEIT DISKUTIERT:

- Wer arbeitet, soll davon ein zumutbares Leben führen können (Werra-Meißner-Kreis)
- Werte definieren, leben und vermitteln (Göppingen)
- Gerechte Verteilung (Emsland)
- Mindestlöhne (Teltow-Fläming)
- Das Gemeinwohl muss wieder zur zentralen Aufgabe der Politik werden (Lindau)
- Gesetzliche Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns (Saarlouis)
- Recht auf würdige, erfüllende Arbeit und gerechte Entlohnung (Halle)



Wir brauchen frühzeitige Transparenz bei der Information der Bürger. Institutionelle Rahmenbedingungen für Beteiligung, wie z. B. Bürgerbegehren oder Volksentscheide, müssen geschaffen werden. Politische Bildung ist dafür Voraussetzung. Wir fordern die Unabhängigkeit der Mandatsträger von Lobbyisten und „faktischem“ Fraktionszwang.

BürgerRedakteure Monika Berg, Sarah Nick-Toma

VORSCHLAG

Bürgereinbindung + Unabhängigkeit + Transparenz = bessere Politik

Bürgereinbindung verbessert bei konsequenter Umsetzung die Transparenz der politischen Entscheidungswege und verringert den unangemessenen Einfluss mächtiger Interessengruppen auf Entscheidungen. Dies fördert die Unabhängigkeit der Politik und stärkt den Einfluss des Bürgers als Souverän.

BEGRÜNDUNG

Die tägliche politische Erfahrung zeigt, dass die Regierungen, Parlamente und Verwaltungen unserer repräsentativen Demokratie viele gesellschaftlich dringende Fragen nicht, nicht ausreichend, zu spät oder gegen eine Mehrheitsmeinung der Bevölkerung regeln. Unser demokratisches Modell muss deshalb um Elemente der direkten Demokratie ergänzt werden, die die Erfüllung der von den Bürgern als vordringlich empfundenen Ziele und Aufgaben nachhaltig ermöglichen. Dabei sind von Politik und Politikern Transparenz der Entscheidungswege und Feedback gegenüber den Bürgern gefordert. Um dies zu erreichen, müssen die Einflüsse mächtiger Interessengruppen auf die Politik wirksam eingeschränkt werden.

Der Politiker darf nur dem Gesetz/ dem Allgemeinwohl – nicht aber Einzelinteressen – verpflichtet sein. Der hierzu erforderliche Wandel der politischen Arbeit und Ethik kann und muss durch aktive und kontrollierende Einwirkung des politisch mündigen und verantwortungsbewussten Bürgers erreicht werden.

VORSCHLAG IM DETAIL

1. Bürgereinbindung – Bundesweit müssen institutionelle Rahmenbedingungen für eine stärkere Bürgerbeteiligung geschaffen werden: Bürgerbegehren/ Bürgerentscheid mit nicht zu hoher Eintrittsschwelle · verpflichtende Beteiligung der Bürger bei konzeptionellen Fragen und bei Verteilung von Finanzmitteln (Bürgerhaushalt) von der Planung bis zur Umsetzung (Nachhaltigkeit auch über die Legislaturperiode hinaus), dabei seitens der Politik Pflicht zu Umsetzung und Feedback mit klaren und verbindlichen Konsequenzen · Bürgerforen zur Information, Meinungsbildung, Diskussion und Begleitung wesentlicher politischer Entscheidungen (möglichst gemeinde-, landes- und bundeseinheitlich; Internetplattform, Bürgerbüros als Anlaufstellen und Organisationsbasis, auch als Hilfe für internetferne Bürger) · Förderung des demokratischen Bewusstseins, der staatsbürgerlichen Kompetenz und der politischen Bildung (in Schule, Studium, Erwachsenenbildung und täglichem Leben) · Förderung ehrenamtlichen politischen Engagements (z. B. durch Teilzeit, Freistellung, öffentliche Anerken-

nung) · umfassende Information der Bürger über konventionelle und elektronische Medien

2. Unabhängigkeit von Lobbys und Einzelinteressen stärken durch: Nebentätigkeitsregeln/-verbote für Abgeordnete zur Sicherung der inhaltlichen und zeitlichen Unabhängigkeit des Mandats (gilt auch für Aufsichts-/Beiratstätigkeiten in Firmen und Aktiengesellschaften) · Verbot von Parteispenden durch juristische Personen (Firmen, Verbände) · öffentliche Begleitung politischer Vorhaben durch unabhängige Fachleute

3. Transparenz: Ehrlichkeit in der politischen Diskussion, Nachvollziehbarkeit der politischen Entscheidungen und überzeugendes Fehlermanagement · Stärkeres In-die-Pflicht-Nehmen des einzelnen Mandatsträgers, verbindliche Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Rahmenbedingungen und der Vorgaben aus der Bürgerbeteiligung (bei wirklich weitreichenden Verstößen auch mittels Misstrauensvotum vonseiten des Bürgers)



PRO UND CONTRA

Pro: Die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen, welche die Politik(er) in den letzten Jahrzehnten verloren haben, lassen sich nur wiedergewinnen durch unbestechliches, transparentes und gemeinwohlorientiertes Verhalten im politischen Alltag. Dazu muss unsere repräsentative Demokratie um direktdemokratische Elemente ergänzt werden. Diese ermöglichen dem Bürger angemessenes Mitwirken auch zwischen den Wahlterminen und sind geeignet, sein demokratisches Engagement – auch jenseits der Parteien – zu fördern.

Contra: Bürgerbeteiligung braucht ein (Bürger-)Umfeld, das Verantwortung ernst nimmt und umfassendes Engagement einbringt. Hier ist noch viel Aufbauarbeit beim politischen Bewusstsein/bei politischer Bildung zu leisten. Kritisch zu betrachten sind Populismus zur Durchsetzung nicht sachdienlicher Politik und stimmungsabhängige Zufallsentscheidungen. Es ist einfacher, Nein-Sager zu mobilisieren, als konstruktive Konzepte zu entwickeln und voranzutreiben. „Ungesteuerte“ Mitsprache kann politische Abläufe verzögern.

UMSETZUNG

Eine massive Stärkung der Bürgereinbindung in unsere parlamentarische Demokratie erfordert erhebliches Umdenken. Hier muss der Staat die erforderliche Rechtsgrundlage schaffen. Dazu gehört ein intensiver Erörterungs- und Entscheidungsprozess über Art und Umfang der Einbindung, in den der Bürger einbezogen werden muss. Es gilt, einen Weg zu finden, der bei möglichst großer Bürgerbeteiligung einen reibungslosen Ablauf der parlamentarischen Arbeit auf allen Ebenen gewährleistet, wirksam ist und sich daher „rechnet“.

Der Prozess des Umdenkens kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Politik bereit ist, echte und weitgehende Kontrollen ihrer Tätigkeit zuzulassen, und der Bürger

sich in die (Bürger-)Pflicht genommen zeigt/zur Übernahme von Verantwortung motivieren lässt. Unterstützung durch Wirtschaft und Medien ist erforderlich, um einen breiten und tragfähigen Konsens zu finden.

Der Weg hierhin ist steinig und lang. Nur mit Beharrlichkeit und Veränderungswillen ist das Ziel erreichbar.

*BürgerRedakteur Sarah Nick-Toma
BürgerForum Mannheim*

FOLGENDE VORSCHLÄGE WURDEN EBENFALLS BUNDESWEIT DISKUTIERT:

- Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung (Ludwigslust)
- Transparenz und Beteiligung (Göppingen)
- Bürgerbeteiligung sichern (Teltow-Fläming)
- Einbeziehung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse (Wartburgkreis)
- Ideen / Anregungen der Bürger ernst nehmen (Regensburg)
- Beteiligung schaffen durch Vertrauen (Saarlouis)
- Informationsfluss in beide Richtungen (Dithmarschen)



Intakte Familie ist Lebensqualität, aber zunehmend wollen junge Leute keine Familie mehr gründen, da sich Familie und Beruf nur schwer vereinbaren lassen. Auch die Förderung des generationenübergreifenden familiären Zusammenlebens ist notwendig. Alle Familienformen müssen gleichgestellt werden.

BürgerRedakteure Erika Gerber, Klaus Juhl, Sebastian Mocker

VORSCHLAG

Berufliche Sicherheit und gesellschaftliche Wertschätzung ermöglichen Familie

Familie muss sich wieder lohnen und zu diesem Zweck müssen Anreize geschaffen werden, alle familiären Lebensformen zu fördern. Erst berufliche Sicherheit und gesellschaftliche Wertschätzung ermöglichen Familie. Wir müssen durch unser gelebtes Beispiel zeigen, wie positiv ein Leben mit Familie ist.

BEGRÜNDUNG

Man braucht berufliche Sicherheit, um für seine Familie selbst zu sorgen.

Es geht darum, dass es für alle Familien möglich wird, sich Kinder zu „leisten“. Sei es durch staatliche oder durch betriebliche Unterstützung.

Finanzielle Unsicherheit und Angst um den Arbeitsplatz sind nach einer Untersuchung vom Februar 2011 für 86 Prozent der befragten kinderlosen 25- bis 45-jährigen Erwachsenen der Hauptgrund für die niedrige Geburtenrate (Quelle: TZ vom 14.2.11).

Nicht die Arbeit, sondern die Familie muss sich wieder lohnen. Familie und Kinder müssen zu diesem Zweck wieder wertgeschätzt werden, ideell und finanziell.

Der demografische Wandel wirkt positiv auf die Beschäftigungszahlen. Dann müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um noch nicht berufstätige Eltern einstellen zu können.

Erst wenn staatliche Organe, Arbeitgeber und alle anderen mit den unten geforderten Maßnahmen zeigen, dass sie Familie und Eltern schätzen und fördern, wird sich auch das gesellschaftliche Klima wandeln.

VORSCHLAG IM DETAIL

1. Sichere Arbeit bedeutet, dass der Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit verhindert wird. Unternehmen müssen neu angesiedelt bzw. erweitert werden. Eltern müssen nach einer Kinderbetreuungsphase wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können und für einen familienbedingten Arbeitsausfall (Kinder, Pflege von Großeltern) finanziell entlastet werden.

2. Arbeit soll für alle Altersgruppen besser organisiert werden durch Teilzeit und Jobsharing, Telearbeit, Flexibilisierung mit Arbeitszeitkonten usw. Die individuelle Arbeitszeit muss planbar sein. Eine Flexibilität im Sinne von „jederzeit für den Arbeitgeber verfügbar“ wäre ein Missbrauch, der verhindert werden muss.

3. Eltern werden unterstützt durch Familiengemeinschaften für die Kinderbetreuung. Durch Kinder begründete Haushaltstätigkeit ist als „Arbeit“ anzuerkennen und in der Sozialversicherung zu berücksichtigen. Das Einkommen sollte so hoch sein, dass ein Gehalt für die Familie reicht und ein Partner sich um Kinder kümmern kann. Ergänzend muss das Kindergeld erhöht werden.

Auf das Kindergeld könnten kostenlose Kindergartenplätze und andere Betreuungseinrichtungen angerechnet werden. Für alleinerziehende Eltern und für den Fall, dass beide Eltern berufstätig sind, sollte Kinderbetreuung auch früh und über 17:00 Uhr hinaus angeboten werden. Der Staat muss für Lehr- und Lernmittelfreiheit, Schulspeisung und Nachhilfegutscheine sorgen. Gleichzeitig sollte man unterstützend Babysitterbörsen und wenn möglich Kindergärten oder -horte am Arbeitsplatz einrichten. Strittig ist die Forderung, Schulfriendedauer und Urlaubszeit zu harmonisieren. In den Ferien muss für Betreuungsangebote gesorgt werden. Vereine sind ebenfalls einzubinden.

4. Die Politik sollte ein Familienparlament, besetzt mit Familien (ohne Politiker), zur Mitbestimmung in Familienfragen einrichten.

5. Familienberatung muss neben der Kinderbetreuung gefördert werden.

6. Das Ehegattensplitting sollte durch ein Familiensplitting ersetzt werden.



PRO UND CONTRA

Es wird behauptet, dass durch eine bessere Sicherung und Organisation der Arbeit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sinken würde. Dem ist nicht so, denn die Kosten rechnen sich mittel- und langfristig mit den positiven Folgen. Zufriedene Mitarbeiter leisten mehr, sind weniger krank und bleiben ihrem Unternehmen länger treu. Die flexiblere Organisation sorgt auch dafür, dass mehr gut ausgebildete Frauen länger arbeiten können, wenn für die Kinder gesorgt wird. Auf diese Weise kann die demografische Herausforderung besser gemeistert werden. Außerdem könnten von den geforderten flexibleren Lösungen auch ältere Arbeitnehmer profitieren.

Kinderbetreuung und Familienberatung kosten viel Geld. Dadurch werden aber Familien entlastet, Probleme in den Familien aufgefangen, bevor sie akut werden, und viele Kinder bekommen bessere Chancen.

Ein Familienparlament kompliziert Entscheidungsprozesse, aber wenn es mit entscheidet, entstehen familiengerechtere Lösungen, die eher akzeptiert werden.

UMSETZUNG

Zur weiteren Familienförderung sind steuerrechtliche und arbeitsrechtliche Vorschriften zu ändern. Das ist Aufgabe des Gesetzgebers.

Wirtschaftsförderung vor Ort, um mit verbesserter Betreuung und Vereinfachung von Abläufen neue Betriebe anzusiedeln, ist Sache der Kommunen.

Wenn sich an der Arbeitsorganisation etwas ändern soll, ist das eine Aufgabe für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die Rahmentarifverträge abschließen müssen. Gleichzeitig müssen Betriebsräte und Arbeitgeber mit Betriebsvereinbarungen nach Regeln suchen, die auch individuelle Vereinbarungen zwischen Unternehmen und

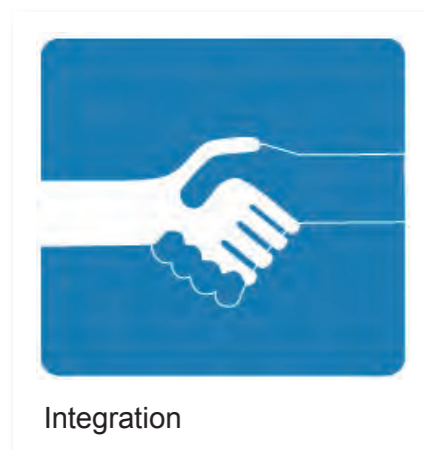
Arbeitnehmer zulassen. Staat, Kirchen und andere Träger sozialer Einrichtungen müssen dafür sorgen, dass in Kindergärten, bei Vereinen und in Schulen ausreichend kostenlose Betreuungs- und Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden – Familienberatung darf nicht am Geld scheitern!

Außerdem müssen wir alle anfangen umzudenken und Kinder als Glücksfall sehen, nicht als Last.

*BürgerRedakteur Klaus Juhl
BürgerForum Hof*

FOLGENDE VORSCHLÄGE WURDEN EBENFALLS BUNDESWEIT DISKUTIERT:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Aachen)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Chemnitz)
- Familienfreundliche Betriebe (Lindau)
- Familienfreundliche flexible Arbeitsstrukturen (Freiburg)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Altötting)
- Region stärken, um gewachsene familiäre Strukturen zu erhalten und zu fördern (Wartburgkreis)
- Flexible Arbeitszeiten und Betreuungsmöglichkeiten (Paderborn)



Schaffung eines Klimas gegenseitiger Akzeptanz und eines Wir-Gefühls. Um die extrem vielen Gruppen der Gesellschaft, die in Deutschland nebeneinanderher leben (z. B. Behinderte – Nichtbehinderte, Eltern – Kinderlose, Alte – Junge, Einheimische – Migranten, verschiedene Religionsgemeinschaften) zu vernetzen, sollte die Begegnung in Sport, Kultur sowie Religion gefördert werden, um ein „Wir-gehören-zusammen-Gefühl“ zu entwickeln.

BürgerRedakteure Samira Idries, Harald Leiser

VORSCHLAG

Bildungsangebote

Integration braucht Bildung und Begegnung. Damit diese Voraussetzungen geschaffen werden, sollte ein Zwei-Säulen-Modell etabliert werden, in dem verpflichtende Regelungen (z. B. Kindergartenpflicht ab 3 Jahre, Integrationskurse) durch freiwillige Angebote (z. B. Sprachandems) sinnvoll ergänzt werden.

BEGRÜNDUNG

Unwissenheit führt zu Unverständnis, Unverständnis zu Ablehnung und Ablehnung schlimmstenfalls zu Feindschaft und Hass. Umfassende Bildungsangebote nach dem oben beschriebenen Zwei-Säulen-Modell wirken dem auf verschiedene Weisen entgegen: Man lernt etwas über die anderen Gruppen und kann so Verständnis füreinander entwickeln und etwaige Missverständnisse ausräumen.

In Bezug auf Migranten wird durch die sprachliche Förderung die Integration ins „tägliche Leben“ erleichtert, weil man nur über eine gemeinsame Sprache auch mit seinen Mitmenschen „ins Gespräch“ kommen kann, was durch die Sprachandemangebote weiter vertieft/erweitert wird.

Der Bildungsstandard steigt generell, was im internationalen Vergleich ja durchaus wichtig ist. Man kann die Kosten, die durch die Risse in der Gesellschaft und durch die bisherige Abgrenzung bestimmter Gruppen (z. B. Sozialhilfeempfänger, Migranten) entstehen, reduzieren, weil über die Integration auch mehr Produktivität entsteht.

VORSCHLAG IM DETAIL

Bildung ist wichtig für die Integration, weil Intoleranz oft aus Unwissen entsteht. Um die Bildung für die Integration verschiedener Gruppen zu nutzen, sollte es zwei Säulen geben:

Ein Teil der Bildungsangebote sollte verpflichtend sein, so z. B. eine Kindergartenpflicht ab 3 Jahren, um diese Phase der Kontaktfreudigkeit und der guten Sprachlernfähigkeit zu nutzen und um verschiedene Kindergruppen (z. B. auch Behinderte, Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder sozial schwacher Familien) zusammenzubringen. Außerdem sollte es für Migranten (weiterhin) einen verpflichtenden Sprach- und Integrationsunterricht geben, der aber darauf ausgerichtet ist, den Migranten Wissen und Freude daran zu vermitteln, mehr über ihr neues Land zu erfahren. Für alle diese Aspekte ist eine ausreichende Infrastruktur (kleine Gruppen, gut ausgebildete und bezahlte Lehrkräfte) zu fordern.

Neben den Pflichtangeboten sollten weitergehende freiwillige Angebote existieren, mit denen man das o. g. Wissen vertiefen kann, z. B. Sprachandems, die nach dem ersten Basis-

Sprachkurs vermittelt werden, damit die Sprache weiter vertieft und gefestigt werden kann. Auch Begegnungsangebote (z. B. Besuche von Kindergärten in Altenheimen) sollten gefördert und vor allem auch in den Medien bekannt gemacht werden; dabei sollten die Vorteile dargestellt werden.

Wir, die jetzige Gesellschaft, sollten dafür sorgen, dass diese Bildung genau wie bei einem Baum von unten anfängt. Denn egal wie groß der Baum ist, ohne starke und tiefe Wurzeln kippt er um. In der Schule ist neben dem Vermitteln von Grundwissen (Lesen, Schreiben, Rechnen) auch ein verpflichtender Ethikunterricht sinnvoll, in dem beispielsweise die verschiedenen Religionen erklärt oder gesellschaftliche Entwicklungen besprochen werden. Durch diese umfassenden Angebote wird die Gesellschaft wie ein Baum zusammenwachsen – mit starken Wurzeln und vielen verschiedenen Ästen (Vereinen etc.), in denen jeder Bürger wie ein Blatt seinen Platz findet.



PRO UND CONTRA

Nachteile des Zwei-Säulen-Modell sind vor allem die akut hohen Kosten, um die Infrastruktur für die umfassenden Bildungsangebote zu schaffen (v. a. Kosten für Erzieher/Lehrkräfte) und die Tatsache, dass vermutlich viele Wähler erst mal von den Verpflichtungen (speziell der Kindergartenpflicht) überzeugt werden müssen. Daher muss Geld ausgegeben werden, um der breiten Öffentlichkeit nahezubringen, welche Vorteile sie und ihre Kinder davon haben.

Da aber auf Dauer die Kosten für Sozialleistungen durch dieses Modell sinken sollen und auch die Produktivität steigt (weil z. B. die Kinderbetreuung für arbeitende Mütter gewährleistet ist und man auf die Arbeitskraft gut integrierter Migranten zurückgreifen kann), sind dies nur kurzfristige Mehrkosten, die dann im Laufe der Zeit wieder an anderer Stelle gespart werden. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang aber auch die Anerkennung ausländischer akademischer Abschlüsse der Migranten, damit die Wirtschaft die benötigten Fachkräfte rasch bekommt.

UMSETZUNG

Zuerst ist eine Infrastruktur für Kinderbetreuung, Ethikunterricht und Integrationskurse auf- bzw. ausbauen (z. B. Curriculum für Lehrkräfte erstellen/anpassen). Hierfür sollen Räumlichkeiten gesucht oder leere Räume genutzt werden (Gebäude wie Schulgebäude, die frei werden).

Parallel dazu sind die Anzahl der notwendigen Erzieherinnen/Lehrkräfte bzw. Kita-/Integrationskursplätze sowie die Kosten für die oben beschriebene Infrastruktur zu berechnen und ein Finanzierungsplan zu erarbeiten. Eine frühzeitige und umfassende Kommunikation der Vorteile einer verpflichtenden Kinderbetreuung ist dabei Grundvor-

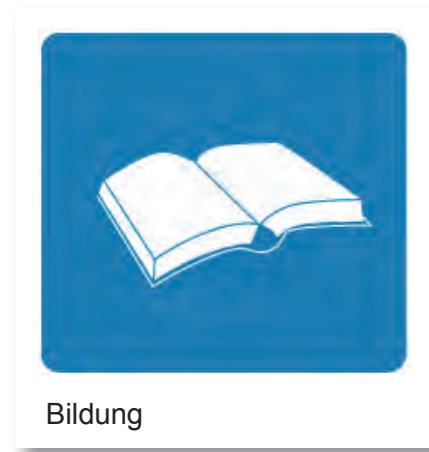
aussetzung, um spätere Proteststürme zu vermeiden.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Anerkennung ausländischer akademischer Abschlüsse und das Vermitteln von Kontakten, um bereits existierende Projekte (z. B. Kooperationen zwischen Altenheimen und Kindergärten) auch an anderen Orten zu etablieren und Erfahrungen auszutauschen.

BürgerRedakteure Harald Leiser, Sandra Masannek BürgerForum Aachen

FOLGENDE VORSCHLÄGE WURDEN EBENFALLS BUNDESWEIT DISKUTIERT:

- Die deutsche Sprache – A und O der Integration (Kusel)
- Kindergartenpflicht mit frühestmöglicher Sprachförderung (Bonn)
- Fördern und fordern: Sprachquote, Kindergartenpflicht, Zuwanderungsregelungen (Paderborn)
- Mindeststandards für „gelungene“ Integration definieren (Bochum)
- Bildung (Rotenburg)
- Integration von unten fördern / Interkultureller Brückenbau (Freiburg)
- Aus Betroffenen Beteiligte machen (Mannheim)



Der Begriff „Bildung“ muss neu und über schulische Bildung hinaus diskutiert und definiert werden. Wichtige Aspekte dabei sind: Chancengleichheit, Individualität, verbesserte Bildungsangebote für alle, Motivation zu lebenslangem Lernen. Dafür bedarf es eines bundeseinheitlichen Bildungssystems, das Flexibilität in Bezug auf Bildungsgänge und Abschlüsse gewährleistet und durch die nötigen Ressourcen gestützt wird.

BürgerRedakteure Babette Burgdorf, Ruth Nölke-Walsemann

VORSCHLAG

Bildungssysteme bundesweit vereinheitlichen

Wir fordern: Abschaffen des Bildungsföderalismus · Einheitliche Schulformen, Lehrmittel, Bildungsabschlüsse und Zugangsvoraussetzungen · Neue sinnvolle Lehrpläne · Fördern von bildungsfernen Schichten (z. B. Analphabeten) · Fördern von Stärken der Menschen · Kostenlose ganzheitliche Bildung

BEGRÜNDUNG

Das aktuelle föderalistische Bildungssystem ist ineffizient und unflexibel. Bildung muss im gesellschaftlichen Kontext neu definiert werden. Die Straffung der Bildungszeit in Schulen und Universitäten, um sich international anzupassen, darf nicht die Kreativität und das Entwicklungspotenzial der Lernenden vermindern.

Förderung von Kreativität und Erkennen des individuellen Potenzials sind vor allem eine Frage der Qualität des Bildungsangebotes. Ziel soll es sein, möglichst jedem Mitglied der Gesellschaft die gleichen Bildungschancen zu geben. Menschen sollen entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden, um jedem einen Platz in der Gesellschaft zu ermöglichen, an dem er Wertschätzung erfährt, für sich selbst sorgen und sich gesellschaftlich einbringen kann.

Die Bereitstellung von Geld ist unbedingt erforderlich, um ein sinnvolles einheitliches Bildungssystem zu schaffen und zu unterhalten. Bildung neu zu definieren ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

VORSCHLAG IM DETAIL

Um die Veränderungen im Bildungssystem zu erreichen, muss eine umfassende Bildungsreform vorausgehen. Ausgehend von einer Diskussion des Bildungsbegriffs sollen Strategien entwickelt werden, um Bildungskonzepte von frühkindlicher Bildung bis hin zum lebenslangen Lernen zu entwickeln. Ein föderalistisches Bildungssystem steht einer grundlegenden Bildungsreform entgegen und ist nicht mehr zeitgemäß.

Lernende sollen lernen, wie man sich aktiv Wissen am besten aneignet. Ein solides Allgemeinwissen ist notwendig. Spezialwissen (Inselwissen) jedoch sollte der Berufs- bzw. universitären Ausbildung vorbehalten werden. In Zusammenarbeit zwischen Vorschulen, Schulen und Universitäten bzw. Lehrbetrieben soll abgestimmt werden, was von den Lernenden erwartet wird. Das bisherige Bildungssystem konzentriert sich darauf, möglichst viel Stoff in wenig Zeit zu vermitteln. Dieser Stoff wird von den Lernenden nicht verinnerlicht. Bildung braucht Zeit. Dies gilt sowohl für Schul- als auch für Hochschulbildung. G 8, Bachelor und Master sind zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Wir brauchen international anerkannte (oder vergleichbare) Abschlüsse, aber auch gut gebildete Menschen, die unser bestehendes Wissen und die Entwicklungspotenziale nutzen und unsere bisherige Stellung im internationalen Wettbewerb stärken. Wir brauchen eine Bildungsreform, die sich den extremen sozialen Herausforderungen stellt.

Das überprüfte Lehr- und Betreuungspersonal muss eine höchst qualifizierte Ausbildung erhalten, die auch mit hoher finanzieller Anerkennung verbunden ist. Das Erhalten der frühkindlichen Lernfreude bis zum Vermitteln von selbstverantwortlichem Lernen ist wichtig. Respekt, Toleranz, Gewaltfreiheit, konstruktive Konfliktlösungs-Strategien, Sozial- und Medienkompetenz, Kenntnisse in gesunder Ernährung und in Lebensführung sollen gesellschaftlich akzeptierte Lernziele sein. Das Notensystem und der Numerus clausus sind zu überdenken. Chancengleichheit bedeutet staatlich voll finanzierte Bildung. Legen wir los!



PRO UND CONTRA

Eine umfassende Bildungsreform kann nur durchgeführt werden, wenn massiv in Bildung investiert wird. Die Gesellschaft muss ihre Prioritäten im Bezug auf Bildung neu definieren. Nicht der funktionierende, schulisch am besten ausgebildete Mensch soll im Vordergrund stehen, sondern Menschen, die in der Lage sind, in allen Lebenslagen zu bestehen. Ein Umdenken der Gesellschaft erfordert Mut und sichert die Zukunft. Ein einheitliches und ausdifferenziertes Bildungssystem in Deutschland ermöglicht, dass die Konkurrenzsituation zwischen den Bundesländern in diesem Bereich aufgehoben wird. Lernende können leichter das Bundesland wechseln. Die Vereinheitlichung wird zu Kosteneinsparungen in den Verwaltungen führen. Die Transparenz im Bildungssystem wird erhöht. Eine internationale Vergleichbarkeit des deutschen Bildungssystems wird erleichtert. Stärkere soziale Ausgewogenheit kann soziale Konflikte mindern. Die Nutzung des „human capitals“ erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

UMSETZUNG

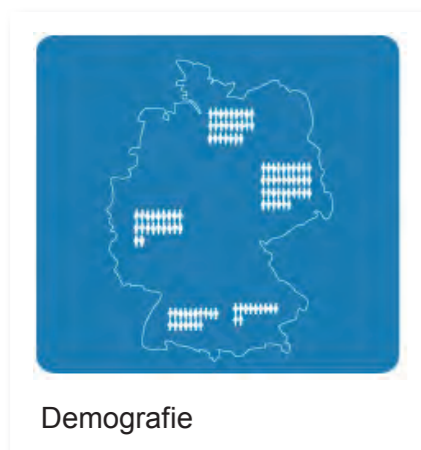
Das Aufheben der Länderzuständigkeit für Fragen der Bildung und das Umwandeln in eine Bundeszuständigkeit werden gefordert. Das demokratische System Deutschlands hält Wege bereit, dies politisch erfolgreich umzusetzen. Die Forderungen aus dem BürgerForum und anderen gesellschaftlichen Gruppen sollen Grundlage für die Neuordnung der Bildungspolitik sein. Die zuständigen Gremien wie Bundestag bzw. Bundesrat (wegen des föderalistischen Bildungssystems) sollen die Forderungen der Bürger weiter bearbeiten. Bürgerinitiativen können begleitend und fordernd den politischen Prozess unterstützen und beschleunigen. Bildungssysteme anderer Länder, wie

Finnland, können Vorbild sein. Kleine Schritte in eine Verbesserung der Bildung sind ein Anfang, z. B. kleinere Lerngruppen. Entsprechende Geldmittel müssen bereitgestellt werden, um Reformen umzusetzen, die sich langfristig gesellschaftlich und wirtschaftlich auszahlen werden. Mutige Schritte zur Überwindung des Bildungsföderalismus sind möglich!

*BürgerRedakteur Ruth Nölke-Walsemann
BürgerForum Braunschweig*

FOLGENDE VORSCHLÄGE WURDEN EBENFALLS BUNDESWEIT DISKUTIERT:

- Grundgesetz ändern – Bildungshoheit an den Bund (Bad Doberan)
- Bildungshoheit der Länder auf Bund übertragen (Chemnitz)
- Bildung muss Bundessache werden (Wartburgkreis)
- Chancengleichheit durch bundeseinheitliches Bildungssystem (Rotenburg)
- Entföderalisierung des Bildungssystems (Halle)
- Bildungspolitik muss Bundespolitik sein (Dithmarschen)
- Einheitliche Bundesstandards von Kita bis Beruf (Emsland)



Demografie

Der demografische Wandel wird uns noch Jahrzehnte begleiten. Er verlangt von uns Verständnis und Lösungen für die Probleme aller Bevölkerungsgruppen, Nutzung ihrer Ressourcen, Unterstützung der Generationen und Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse mit dem Hintergrund einer solidarischen, gerechten Finanzierung. Die Sozialpolitik ist gefordert, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

BürgerRedakteure Priska Behr, Diana Schmidtbauer

VORSCHLAG

Umwelt für Kinder und Familien attraktiver gestalten

Das Zusammenleben im familiären Umfeld mit Kindern soll mit dem Ziel der Steigerung der Geburtenrate nachhaltig gefördert werden. Familie und Beruf müssen ohne Armutsrisiko lebenswert finanzierbar und vereinbar sein.

Dabei sind die Ressourcen aller gesellschaftlichen Schichten intensiv zu nutzen.

BEGRÜNDUNG

In Deutschland muss der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung mit umfassenden und weitreichenden Maßnahmen entgegengewirkt werden. Der demografische Wandel als Prozess ist nicht unumkehrbar.

Finanzielle Zuwendungen sind ein Instrument zur Steigerung der Geburtenrate, das aber nur nachhaltig wirkt, wenn das gesamte gesellschaftliche Umfeld familienfreundlich gestaltet wird. Erst dann werden Familien, dabei vor allem die Frauen, sich nicht mehr zwischen Familie und Karriere entscheiden müssen.

Die Gründung einer Familie mit Kindern muss planbar, mit dem Beruf vereinbar und finanzierbar sein.

In einer familienfreundlichen Atmosphäre wird das Miteinander der Generationen selbstverständlich und die Bedeutung der Existenz verschiedener Generationen offensichtlich.

Ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen können zum gegenseitigen Vorteil eingesetzt werden.

Nur über diesen Weg kann eine stabile und zukunftsfähige demografische Entwicklung gesichert werden.

VORSCHLAG IM DETAIL

Die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen werden aufgefordert, entsprechende Rahmenbedingungen für die Gründung von Familien zu schaffen.

Die Möglichkeiten der Kinderbetreuung müssen den Erfordernissen des Berufsalltags in Qualität und Quantität, oder, wo nötig, das Arbeitsrecht an die Erfordernisse der Kindererziehung angepasst werden. Rechtliche, versicherungstechnische und ideologische Schranken dürfen eigenverantwortlichen und kreativen Lösungsansätzen zur Kinderbetreuung nicht länger im Wege stehen.

Insgesamt sind die Aufgabenbereiche der Jugendämter den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen, um diese zu wirksamen Familienämtern zu machen. Ein Schwerpunkt hierbei ist die Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Familie, z. B. das Schaffen einer bürgerorientierten Informationsplattform.

Alle Mitglieder der Gesellschaft haben die Verpflichtung, sich für Familien zu engagieren. Auch die freie Wirtschaft kann hierbei nicht ausgenommen werden. Es muss ein Umdenken hin zur demografischen Verantwortung als Teil

unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses erfolgen.

Bildungsmöglichkeiten für junge Mütter und Väter, insbesondere, aber nicht nur im Erziehungsurlaub, sind verbesserungswürdig. Die Erziehung eines Kindes darf nicht länger gleichbedeutend mit einem Karriereknick sein. Studieren mit Kind sollte von der Ausnahme zur Regel werden, damit das Durchschnittsalter der Eltern in Deutschland wieder sinkt.

Eine neue Auslegung des Generationenvertrages muss gefunden werden, in der die Generationen gemeinsam das demografische Erbe der letzten 40 Jahre tragen. Hierfür sind Möglichkeiten zur ehrenamtlichen oder teilweise ehrenamtlichen Hilfe zu schaffen, die es älteren Menschen ermöglichen, effektiv an der Gestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft mitzuwirken. Dazu muss auch das Grundverständnis des Zusammenlebens von Jung und Alt neu definiert und auf gegenseitige Inanspruchnahme von Hilfe und Unterstützung ausgerichtet werden.



PRO UND CONTRA

Pro: Sozial abgesicherte Arbeitnehmer sind leistungswilliger, höher motiviert und identifizieren sich stärker mit ihrem Unternehmen. Die berufliche und soziale Zukunft des Einzelnen steht einem Kinderwunsch nicht im Wege. Soziale Spannungen lösen sich, wodurch auch Erscheinungen unserer Gesellschaft wie Alkoholismus, Drogenkonsum und häusliche Gewalt abnehmen. Insgesamt würde eine Stabilisierung des sozialen Gefüges eintreten, dessen Folgen noch nicht benannt werden können. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht in direktem Bezug zu Art. 6 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Contra: Auf die Arbeitgeber kämen zusätzliche Kosten zu, die im schlimmsten Falle Investitionen verhindern könnten. Der organisatorische Aufwand ist recht hoch und verursacht Kosten, die nicht direkt bei den Familien ankommen. Es müssen Gesetzesgrundlagen für die Ausführung und die Finanzierung geschaffen werden. Die Erfolge werden in naher Zukunft nicht messbar sein. Letztlich bleibt die Finanzierbarkeit selbst als Gegenargument.

UMSETZUNG

Die vom Staat zu schaffenden Rahmenbedingungen müssen von denen eingefordert werden, die Familie haben oder gründen wollen. Politisches Umdenken hin zu einer humanen, kinder- und familienfreundlichen Politik muss die Folge dieser Forderungen sein. Als gutes Beispiel dafür sei hier das Projekt „Demografie Zschopau“ genannt.

Ein Mindestlohn muss für alle Bereiche unter Berücksichtigung flexibler Arbeitszeitmodelle eingeführt werden, Zeitarbeit eingeschlossen. Kinderbetreuung bei freiwilliger Weiterbildung muss möglich gemacht werden. Ganztagsbetreuung von Kindern in Kindereinrichtungen und Schulen muss bezahlbar

werden. Schulspeisung, Schulbücher und Arbeitsmittel sind kostenlos bereitzustellen. Freier Eintritt in kulturelle Einrichtungen und Sportstätten. Ab einer bestimmten Größe des Unternehmens oder der Innung sind Betriebskindergärten oder eine Beteiligung an einem solchen zur Pflicht zu erheben. Vermittlung und Bezuschussung durch die Agentur für Arbeit muss soziale Aspekte mehr in den Mittelpunkt stellen.

*BürgerRedakteur Diana Schmidtbauer
BürgerForum Chemnitz*

FOLGENDE VORSCHLÄGE WURDEN EBENFALLS BUNDESWEIT DISKUTIERT:

- Schaffung von Arbeitsplätzen (Hof)
- Flexibilisierung (Bonn)
- Gemeinschaftliches Engagement stärken (Saarlouis)
- Neustrukturierung Sozialsysteme, Überprüfung Generationenvertrag (Aachen)
- Bereitschaft der Bürger zur aktiven Teilnahme am Dorfleben steigern (Kusel)
- Familienförderung (Altötting)
- Schaffung und Erhaltung von qualifizierten Arbeitsplätzen (Werra-Meißner-Kreis)



Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

| BertelsmannStiftung



Heinz Nixdorf Stiftung